

Wahlprüfsteine BTW 21 Seniorenpolitisches Netzwerk Chemnitz

1. Eine konsequente Friedenspolitik ist ein Markenzeichen meiner Partei. Selbstverständlich werde daher auch ich mich für Abrüstung, ein Verbot aller Rüstungsexporte und Entspannungspolitik engagieren. Die mit der NATO-Vorgabe, 2% des BIP für Rüstung auszugeben, verbundene Steigerung des Verteidigungshaushalts lehne ich ebenso ab, wie den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsatzfähigen Interventionsarmee. Die für solche Zielstellungen aufgestellten Truppenteile sollen abgerüstet und die frei werdenden Mittel andersweitig, nicht-militärisch sinnvoll investiert werden. Ich werde zudem ein Rüstungsexportkontrollgesetz unterstützen, das ein gesetzliches Verbot aller Rüstungsexporte vorsieht. Die NATO ist für mich ein Relikt des Kalten Krieges und durch den absehbaren Rückzug der USA von der weltpolitischen Bühne hin zu einer eher „isolationistischen“ Politik ohnehin in Frage gestellt. Zudem folgt sie einer vorrangig militärischen Logik, die meiner Meinung nach nicht im sicherheitspolitischen Interesse der Bundesrepublik liegt. Was es bräuchte, wäre ein gesamteuropäisches System der Sicherheit, das vor allem auf Abrüstung und friedliche Konfliktlösung abzielt sowie Russland als Partner einbindet.
2. Beide Fragen kann ich selbstverständlich nur bejahen. DIE LINKE ist für eine atomwaffenfreie Welt. Ich halte es für ein Übel, dass sich die Bundesrepublik noch nicht einmal an den UN-Verhandlungen zum Atomwaffenverbotsvertrag beteiligt hat und trete vehement dafür ein, dass sie diesem beitrifft und ihn ratifiziert. Die US-Atomwaffen auf deutschen Boden sollten sofort abgezogen und vernichtet werden. Weiterhin darf die Bundesrepublik auch keine Trägersysteme und Pilot:innen für deren Einsatz zur Verfügung stellen.
3. Auch hier kann ich nur zustimmen. Die Politik des Säbelrasselns gegenüber Russlands halte ich für falsch. Truppenaufmärsche und andere militärische Provokationen, wie das NATO-Manöver Defender 2021, sind kontraproduktiv, daraus wird niemals Sicherheit, sondern nur die Gefahr einer militärischen Konfrontation erwachsen. Der von ihnen zitierte Egon Bahr war einer der Architekten der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik der 70er Jahre, die unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ stand. Eine solche Politik wünsche ich mir auch heute wieder gegenüber Russland, das nicht als Feind, sondern als Nachbar und Partner betrachtet werden sollte, selbst wenn es einiges an dessen innenpolitischer Ausrichtung auch aus linker Perspektive zu kritisieren gibt. Dies ist aber keine Aufgabe der Außen- und Sicherheitspolitik, sondern liegt zuvorderst in der Verantwortung und Entscheidungsgewalt der russischen Gesellschaft selbst.
4. Für ein Weiter-So bin ich definitiv nicht. Ich erachte den sozial-ökologischen Umbau unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems als eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte, die die Politik angehen und gestalten muss. Die Corona- und die Klimakrise zeigen, dass ein „Weiter-So“ bedeutet, „den Karren vor die Wand zu fahren“. Im Bezug auf die Klimakrise kann man sogar von einer existenziellen Krise der menschlichen Zivilisation bzw. des gesamten Planeten sprechen. Der nach dem Kalten Krieg konkurrenzlos gewordene neoliberale Kapitalismus ist gescheitert. In der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass das Kaputt-Sparen oder Kommerzialisieren öffentlicher Infrastrukturen fatale Folgen im Ernstfall haben kann. Aber auch dessen Wachstumsideologie führt in den Abgrund. Der Ausweg ist aus meiner Sicht eine Wirtschaftsordnung, deren Leitmotiv nicht das Profitstreben um jeden Preis, sondern die demokratisch ausgehandelte, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Bedürfnisbefriedigung im Sinne eines menschenwürdigen Lebens für alle Menschen sowie der Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sein muss. Ich denke, die Konzepte und Bemühungen der LINKEN weisen hierbei in eine richtige Richtung der Gestaltung eines Übergangs, wobei ich natürlich nicht behaupten möchte, dass wir im Besitz der

alleinigen Wahrheit wären. Natürlich gibt es immer Dinge zu verbessern und gilt es immer dazuzulernen.

5. Meiner Meinung nach ist der hohe Anteil von durch Armut bedrohten bzw. in Armut lebenden Menschen vor allem durch den neoliberalen Rückbau des Sozialstaats und der Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse verursacht. Hier wollen wir durch verschiedene Maßnahmen gegensteuern. Dazu gehört für uns, das Hartz-IV-System durch eine reformierte Erwerbslosenversicherung sowie eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung von 1200 Euro im Monat zu ersetzen. Ebenso fordern wir eine Kindergrundsicherung, damit kein Kind und keine* Jugendliche* mehr in Armut aufwachsen muss. Diese soll, je nach Einkommen der Eltern, gestaffelt ausgezahlt werden und monatlich 630 bis 328 Euro betragen. Gegen schlecht und prekäre Arbeitsbedingungen setzen wir unser Konzept von guter Arbeit: Ich stehe, wie die gesamte LINKE, für die Anhebung des Mindestlohns auf 13 Euro, ein mittelfristiges Verbot der Leiharbeit sowie ein Bundestariftreuegesetz, das die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Einhaltung von Tarifverträgen knüpft, auch für ggf. eingesetzte Subunternehmen!
6. Eindeutig ja! Ich gleichen Lohn für gleiche Arbeit, egal ob Mann oder Frau. Das Entgelttransparenzgesetz soll um ein Verbandsklagerecht ergänzt werden, damit die Gewerkschaften eine gleiche Bezahlung der Geschlechter notfalls einklagen können. Gute Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung für alle Beschäftigten sind die beste Vorsorge gegen Altersarmut. Deshalb darf es aus meiner Sicht keinen Lohn unter 13 Euro geben. Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung sind vorprogrammierte Altersarmut!
7. Auch hier finden Sie meine vollste Unterstützung. Die gesetzliche Rente ist noch immer das sicherste System der Altersvorsorge, gerade im direkten Vergleich mit kapitalgedeckten Modellen, die den Unwägbarkeiten der Finanzmärkte unterliegen und von Versicherungskonzernen als lukrative Geschäftsmodelle betrachtet werden. DIE LINKE will die gesetzliche Rente stärken und sichern, indem das Rentenniveau wieder auf 53% angehoben wird, auch Selbstständige, Freiberufler:innen, Beamte:innen und Politiker:innen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden, die Beitragsbemessungsgrenze drastisch angehoben wird und Riesterverträge wieder in die gesetzliche Rente überführt werden. Außerdem wollen wir eine steuerfinanzierte solidarische Mindestrente von 1200 Euro monatlich für alle, die bislang aus eigenen Ansprüchen heraus eine geringere Rente erzielen. Altersarmut ist einem so reichen Land wie Deutschland nicht angemessen!
8. Meine Partei setzt sich seit Jahrzehnten für die Aufhebung des Rentenunrechts zwischen Ost und West ein. Genauso stehe ich für eine sofortige Angleichung der Ostrenten an das Westniveau. Weiterhin darf es keine „Bestrafung“ der ostdeutschen Neurentner für das niedrige Lohnniveau im Osten nach der Wende geben, weshalb ich mich für die Beibehaltung der derzeitigen Umrechnung der Rente einsetze. Rentenunrecht, das aus der Rentenüberleitung im Zuge der Wiedervereinigung resultiert, muss in Form von Entschädigungszahlungen und Härtefallfonds zumindest teilweise wiedergutmacht werden.
9. Auch in diesem Punkt kann ich Ihnen versichern, dass wir einer Meinung sind. Ich denke, dass das derzeitige Fallpauschalensystem falsche Anreize schafft und zu einer menschenunwürdigen Kommerzialisierung des Gesundheitssystems führt: Es kann nicht sein, dass Diagnosen nur deshalb häufiger gestellt werden, weil sie sich „lohnen“! Das Fallpauschalensystem gehört daher wieder abgeschafft. Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen sind Teil der Daseinsvorsorge und gehören in kommunale, öffentliche oder gemeinnützige Hände. Gesundheit darf keine Ware sein! DIE LINKE setzt sich deshalb auch für ein Verbot der Entnahme von Gewinnen aus der Betreibung eines Krankenhauses ein, womit privaten Konzernen ein Anreiz genommen wäre, die Kommerzialisierung des Gesundheitssektors weiter voranzutreiben. Pflegefachkräftemangel und schlechte Arbeitsbedingungen in der Pflege sind untrennbar miteinander verwoben. Der Pflegeberuf muss höher wertgeschätzt werden, die Arbeitsbedingungen müssen sich spürbar

verbessern, damit wieder mehr Menschen diesen Beruf ergreifen wollen. Um dies zu erreichen, braucht es eine bessere Bezahlung, z.B. durch die allgemeinverbindliche Erklärung eines Flächentarifvertrags für alle in der Pflege Beschäftigten, der sich am Niveau des öffentlichen Dienstes orientiert, sowie eine wissenschaftlich fundierte Personalbemessung, zumindest aber eine Fachkraftquote von mindestens 50%, damit Überlastungen durch zu geringen Personaleinsatz vermieden werden.

10. Ich stehe, wie meine Partei auch, für einen bundesweiten Mietendeckel ein. Die Mietpreisexplosion in bestimmten Regionen muss gestoppt und besonders hohe Mieten müssen gesenkt werden. Der soziale Wohnungsbau muss reanimiert werden. In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl der Sozialwohnungen fast halbiert. Hier wollen wir u.a. mit einem Programm zum sozialen Wohnungsbau in Höhe von 15 Milliarden Euro gegensteuern, eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen und einen Mindestanteil an Sozialwohnungen festschreiben, um Gentrifizierung entgegenzuwirken. Die Explosion der Eigenanteile an den Kosten für die Unterbringung in Alten- und Pflegeheimen muss ebenso gestoppt, gesenkt und nachhaltig gedeckelt werden. Die Schritte, die Spahn im Rahmen seiner Pflegereform ergriffen hat, reichen meiner Meinung nach nicht aus. DIE LINKE spricht sich für eine Solidarische Pflegevollversicherung aus, bei der alle einzahlen und alle Einkommensarten einbezogen werden und die dafür alle Kosten abdeckt und qualitativ hochwertige Pflege für alle gewährleistet.
11. Analog zur Krankenhauslandschaft sehe ich auch die privatwirtschaftliche Organisation des Pflegesektors kritisch. Auch dieser sollte vorrangig in kommunaler, öffentlicher oder gemeinnütziger Hand sich befinden. Dafür müssen Bund- und Länder aber auch ihrer Investitionspflicht nachkommen, um eine solche Infrastruktur vorzuhalten. Wir fordern daher eine Pflegebedarfsplanung, ähnlich wie die Krankenhausplanung. Mit einer solchen Organisation des Pflegesektor bzw. den Umbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung wäre auch die Belastung durch Umlagen für Investitions- und Ausbildungskosten obsolet.

Tim Detzner
Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis Chemnitz
DIE LINKE. Sachsen